



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Aufruf zur weiteren Unterstützung der Ausgesperrten und Streikenden in Schweden. — Betrachtungen über den Mitgliederbestand in den Gewerkschaften seit 1891. — Der Waffenstillstand in Halle a. S. — Die erste Gaukonferenz des Gaues IV. — Wirtschaftliche Rundschau. — Rundschau. — Literatur. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Abrechnungen.

**Beilage:** Die Notwendigkeit eines einheitlichen Seilverfahrens für die verunglückten Arbeiter. — Korrespondenzen (Bremen, Dresden, Weh, Wiesbaden). — Rundschau.

## Aufruf

zur weiteren Unterstützung der Ausgesperrten und Streikenden in Schweden.

Der Kampf der schwedischen Arbeiterschaft gegen die Massenausperrungstaktik des organisierten Unternehmertums geht nun bereits in die sechste Woche. Mit beispielloser Entschlossenheit und Zähigkeit haben die schwedischen Proletarier ihren großen Kampf geführt. Fünf Wochen lang standen zirka 75 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft des Landes im allgemeinen Ausstand ohne reguläre Unterstützung. Nur den Bediensteten konnte eine Beihilfe gewährt werden. Selbst die 100 000 Anorganisierten, die sich aus Solidarität dem Kampfe angeschlossen haben, hielten bis auf einzelne Ausnahmen tapfer aus.

Nach fünfwöchigem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände jetzt beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen. Der Kampf soll im weiteren sich nur gegen den einen großen Unternehmerverband richten, der ihn durch Lohnreduktionen und Massenausperrungen heraufbeschwoeren hat.

Im Organisationsbereich dieses Unternehmerverbandes sind rund 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriezweige beschäftigt. Diese werden den Kampf weiterführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigender Abschluß zustande kommt.

Dagegen sollen nach dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände zirka 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, der Baugewerbe, der Gemeindebetriebe, Straßenbahnen und der Buchdruckereien die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit den hier beteiligten Unternehmerorganisationen zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen sind. Aber auch diese Wiederaufnahme der Arbeit kann sich nicht überall glatt vollziehen, weil die Gemeindebetriebe und die Straßenbahngesellschaften wie auch zum Teil die Buchdruckereien den Arbeitern entsprechende persönliche Verträge auszuwirken wollen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des ausschließlichen Unternehmertums gestellt. Sie will den Unternehmern zum Siege verhelfen, indem sie alle Machtmittel des Klassenstaates in deren Dienst stellt. Die Arbeiterschaft

steht daher einem mächtigen Feinde gegenüber, der kein Machtmittel zu ihrer Unterdrückung unverzogen läßt.

Durch die beschlossene Frontänderung werden die Gewerkschaften etwa 165 000 Mitglieder im Kampfe behalten. Sie wie ihre Mitglieder sind fest entschlossen, in diesem Umfange den Kampf fortzuführen.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, wie die bürgerliche Presse glaubhaft machen will, er ist auch nicht im Abflauen begriffen, er ist nur in seinem Umfange eingeschränkt, in seiner Wirkung auf eine der verschiedenen Arbeitergruppen konzentriert. Mehr als 160 000 Arbeiter stehen noch im Ausstand, in der Erwartung, daß ein ehrlicher Friede unter annehmbaren Bedingungen ihren opfervollen Kampf lohnt. Das ist nicht nur der Wunsch der Arbeiter Schwedens, sondern der Arbeiterschaft aller Länder, soweit sie an dem Kampfe der schwedischen Arbeiter Anteil nehmen. Die deutschen Arbeiter insbesondere, die bisher in so rühmlicher Weise die schwedischen Arbeitsgenossen unterstützt haben, werden begreifen, daß es nunmehr gilt, einen mit so beispielloser Einmütigkeit und Disziplin geführten Kampf auch zum glücklichen Sieg zu bringen. Wir hoffen daher an unsere Genossen nicht vergebens zu appellieren mit der Aufforderung, die Sammlungen für Schweden mit unerminderter Energie fortzusetzen und nicht eher nachzulassen, als bis sie von der Generalkommission durch öffentlichen Aufruf als beendet erklärt werden.

Die Gewerkschaftskartelle werden erjucht, diese Sammlungen durch öffentliche Versammlungen unter Darlegung des derzeitigen Standes der Dinge zu fördern.

Alle Geldeinsendungen sind nach wie vor nur an die Adresse des Kassierers der Generalkommission, S. Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 15, zu richten. Auf dem Postabschnitt ist anzugeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist.

Mit Gruß  
die Generalkommission der Gewerkschaften  
Deutschlands.  
E. Legien.

## Betrachtungen über den Mitgliederbestand in den Gewerkschaften seit 1891.

Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichten Statistiken über den Mitgliederbestand der gewerkschaftlichen Organisationen geben einen deutlichen Beweis von dem siegreichen Vordringen des Organisationsgedankens in der deutschen Arbeiterschaft. Von

277 659 im Jahre 1891 gezählten Organisationsmitgliedern ist ihre Zahl bis zum Schluß des Jahres 1908 auf 1 881 781, also um das nahezu Sechsfache gestiegen.

Im allgemeinen — und vor allen Dingen in den ersten Jahren — kann man an der Gesamtmitgliederbewegung in den Gewerkschaften den Stand der Konjunktur feststellen. Je nach den Verhältnissen im Wirtschaftsleben vergrößerte oder verminderte sich die Zahl der Organisationsangehörigen.

So ging die Mitgliederzahl gleich im 2. Berichtsjahre (1892) um 40 565, also um 1,84 Proz. zurück. Auch im nächsten Jahre trat ein Rückgang ein, allerdings ein etwas kleinerer, um 13 554 Personen. 1894 verbesserte sich die Konjunktur. Sofort machte sich auch eine Steigerung in der Mitgliederzahl bemerkbar. Am Schluß des Jahres 1894 wurden 246 494, also 22 964 Personen oder 10,2. Proz. mehr gezählt, als im Jahre vorher.

Diese Steigerung hält an bis zum Jahre 1900, an dessen Schluß die gewerkschaftlichen Organisationen über einen Mitgliederbestand von 680 427 Arbeiter und Arbeiterinnen berichten können. In der Mitte des Jahres 1900 setzte dann die periodisch wiederkehrende Wirtschaftstodung ein, um erst im Jahre 1904 einer besseren Konjunktur Platz zu machen. Trotzdem hatten die Gewerkschaften nur in einem Jahre einen Mitgliederverlust zu beklagen. Nur das Jahr 1901 weist einen Rückgang von 2919 Personen oder von 0,43 Prozent auf, während schon das folgende Jahr über eine Vergrößerung der Mitgliederzahl von 55 696 berichten kann, wodurch der Rückgang des Vorjahres nicht nur nicht ausgeglichen, sondern bei weitem überholt wird.

1904 hat die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften bereits die erste Million überschritten und bewegt sich von da an in schneller Steigerung bis zum Schluß des Jahres 1907 auf 1 865 506.

Wenn die von 1904—1907 andauernde Wirtschaftskrise den Gewerkschaften nur in einem Jahre einen und da auch nur einen kaum nennenswerten Verlust an Mitgliedern gebracht hat, so war die Wirkung der jetzigen Wirtschaftskrise, die ihren Höhepunkt wohl gegen den Schluß des Jahres 1908 und Anfang 1909 erreicht haben dürfte, um gleich stärker. Die Gewerkschaftsorganisationen weisen nach der von der Generalkommission veröffentlichten Statistik einen Mitgliederabgang von 33 775 in absoluter Zahl und in Prozenten ausgedrückt von 1,81 auf. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß die letzte Krise an Schärfe und infolge dessen unheilvollere Wirkung auf die Arbeiterschaft die bisherigen bei weitem übertraf, so daß aus dem wenn auch bedauerlichen Mitgliederverlust doch keine Schlüsse auf die schwindende Anziehungs- bzw. Werbefraft der gewerkschaftlichen Organisationen gezogen werden können. Es ist zu hoffen, daß wie bei der letzten Krise, so auch bei der im Abflauen begriffenen, eine schädigende Wirkung für die Gewerkschaften in bezug auf die Zahl

der Mitglieder nur in einem Jahre zu konstatieren sein wird. Nur ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil kehrt heute bei niedergebender Konjunktur und dadurch gehemmter Aktionskraft der Gewerkschaften, diesen den Rücken. Die überwiegende Mehrzahl der bereits Gewonnenen bleibt auch in schlechten Zeiten ihren Organisationen treu und beweist dadurch, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses bereits unausrottblar tiefe Wurzeln in der Arbeiterschaft geschlagen hat.

Zu demselben Resultat muß man kommen, wenn man die Statistik über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen inbezug auf die weiblichen Mitglieder ansieht. Das erste Mal werden solche in der Statistik vom Jahre 1892 erwähnt. Die Zahl steigt im folgenden Jahre um 1029 auf 5384, um sich im nächsten Jahre um 153 auf 5251 zu verringern. Das Jahr 1895 bringt einen Zuwachs um 1446, das folgende einen solchen von 8568. Nun folgt wieder ein Rückgang, allerdings nur um 621 und im nächsten Jahre um 1163. Von 1899 ab erhöht sich die Zahl der weiblichen Mitglieder trotz der dazwischenliegenden Krisenjahre ständig. Sie steigt bis auf 138 443 im Jahre 1908. Selbst dieses Jahr, das den Gewerkschaften einen Verlust von 35 289 Arbeitern gebracht hat, kann für die Frauen eine Vermehrung der Mitgliederzahl um 1514 nachweisen.

Aus der Vergrößerung der Mitgliederzahl bei den Arbeiterinnen, selbst in der Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges, lassen sich nun keine Folgerungen auf ihre bessere Organisationsfähigkeit ziehen. Aber das eine wird durch diese Zahlen bewiesen, daß der Organisationsgedanke, der Gedanke von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Arbeitsgenossen und Genossinnen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auch unter der weiblichen Arbeiterschaft mehr und mehr festen Fuß faßt.

Die Wirkung der weiblichen Arbeitskraft auf die Verhältnisse im Wirtschaftsleben wurde noch bis vor kurzem unterschätzt und deshalb der Organisierung der Arbeiterinnen in der ersten Zeit weniger Bedeutung beigemessen. Wie ferner stets bei Gründungen von Organisationen und Filialen anfänglich eine Fluktuation unter den Mitgliedern sich bemerkbar macht, so auch in den Zahlen über die Zugehörigkeit von Arbeiterinnen zu den Verbänden, über die die General-Kommission in den ersten Jahren berichten konnte. Erst durch die Ergebnisse der Berufszählung von 1895, durch die ständigen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und nicht zuletzt durch die praktischen Erfahrungen sind den Organisationsleitern die Augen über die vorhandene sich ständig vergrößernde Zahl weiblicher Erwerbstätiger geöffnet worden. Die Schäden, die durch das Eindringen der weiblichen Arbeitskräfte in fast alle Erwerbszweige der Gesamtarbeiterschaft erwachsen sind, war Veranlassung, sich der Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisationen in stärkerem Maße zu widmen. Diese Tätigkeit hat Erfolg gehabt, wie durch die vom Jahre 1899 ab ständig wachsende Zahl der weiblichen Organisationsmitglieder bewiesen wird.

Die beifolgende Tabelle gibt ein Bild über die Zahl der Gesamtmitglieder in den der General-Kommission angeschlossenen Organisationen von 1891—1908. Ueber die Zahl der weiblichen Mitglieder, ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der Organisierten, Zu- und Abnahme der Gesamt- und der weiblichen Mitglieder in absoluten Zahlen und in Prozenten ausgedrückt.

Wohl ist das Resultat der Gewerkschaftsentwicklung, daß sich in diesen Zahlen widerspiegelt, ein erfreuliches zu nennen, auch in bezug auf die Arbeiterinnen. Zieht man aber einen Vergleich zwischen organisationsfähigen und organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, dann fällt dieser Vergleich sehr zu Ungunsten der letzteren aus.

Ueber 8 000 000 Frauen und Mädchen werden nach der 1907 aufgenommenen Statistik in Deutschland als Arbeiterinnen und Angestellte im Handel und Verkehr, in der Industrie, in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten beschäftigt. Wenn nun auch nicht alle für die Organisation gewonnen werden können, so ist doch der größte Teil organisationsfähig. Im Vergleich zu dieser Zahl ist die Zahl der bereits für den wirtschaftlichen Kampf Gewonnenen sehr gering. Hier eröffnet sich für die Organisationen ein großes Tätigkeitsfeld. Es muß ihre Aufgabe sein, vor allen Dingen für die Gewinnung der Arbeiterinnen Sorge zu tragen. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und auch die der Verbands- und Gauleiter erzählen uns ja, wie im letzten Jahre verdrückt worden ist, durch stärkere Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte die Verhältnisse an den verschiedensten Orten und in den verschiedensten Bezirken zu verschlechtern. Die Frauen sind, weil zum großen Teil unorganisiert, billige und vor allen Dingen willige Arbeitskräfte, die selbst in Zeiten guter Konjunktur auf die All-gemeinderhältnisse schädigend wirken können. Während der Krisenjahre, wo die Aktions- und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft gehemmt ist, wirkt die Masse der unorganisierten Arbeiterinnen natürlich in erhöhtem Maße verschlechternd auf die Arbeitsbedingungen, worunter die Gesamtarbeiterschaft zu leiden hat. Nur dadurch, daß man versucht, den Organisationsgedanken auch in der Kreise der bisher noch unorganisierten Arbeiterinnen zu tragen, sie den Gewerkschaften zuzuführen, würde dem entgegengewirkt werden können.

Gewiß ist die Aufgabe, Männer für die Organisation zu gewinnen, ungleich leichter und dankbarer. Man hat bei den Frauen noch die durch Traditionen in Feilsch und Blut übergegangene Ansicht von dem „Naturberuf des Weibes“ zu bekämpfen, ganz abgesehen davon, daß den Arbeiterinnen weniger Aufklärungsmöglichkeiten gegeben sind als den Männern. Trotzdem muß die Arbeit gemacht werden. Daß sie nicht nutzlos sein wird, beweisen uns die Erfolge der vorausgegangenen Jahre, die Zeugnis von der sich auch unter den Arbeiterinnen mehr und mehr verbreitenden Erkenntnis ablegt, daß nur durch gemeinschaftliches, solidarisiertes Verhalten aller Berufsangehörigen es möglich ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, daß nur Einigkeit stark macht. G. S.

## Der Waffenstillstand in Halle a. S.

Trotzdem wir zur Stunde noch nicht im Besitz des Beschlußprotokolls sind, glauben wir doch, nach nahezu zwei Wochen der Tarifverhandlungen unsere beteiligten Mitglieder nicht mehr länger im unklaren lassen zu dürfen. Die diesigen Tarifverhandlungen haben eine sehr bewegte Vorgeschichte, die zum Teil in der „Solidarität“ veröffentlicht worden sind, zum Teil aber auch lokal behandelt wurden. Aus der „Solidarität“ Nr. 31, Jahrg. 08, Nr. 4, 30. und 33. Jahrg. 09 sind die Leser sehr gut in der Lage, die Schwierigkeiten, die uns hier im Wege standen, einigermaßen beurteilen zu können.

Es verdient ebenfalls hervorgehoben zu werden, daß die Hahlfeld-Halle zu einer der ältesten mitgehört, seit dem Bestehen aber noch keine Maßregelung vor unserer Bewegung kannte und für das gewerbliche und gewerkschaftliche Leben wie ein Weichen im verborgenen blühte. Desto größer war aber die Aufmerksamkeit, als es sich auf Grund der Gau-Agitation überall anfang zu regen und es erschien einzelnen Druckereibesitzern unangenehm, daß das Hilfspersonal gegen alte Einrichtungen rebellierte und obendrein die Freunde und Freundinnen zum Eintritt in unsern Verband einlud.

Die zahlreichen Maßregelungen in der Waifenhausdruckerei die so nebenbei zuletzt auch noch den Vorstehenden und Kassierer betrafen, sowie die Entlassung eines Kommissionsmitgliedes in der „Saale-Zeitung“ führten geradezu zum Gegenteil des beabsichtigten Schlasses.

Der viertägige Ausstand im Waifenhaus wurde sonach zu einem Vorpostengefecht und führte zu einer 10prozentigen Lohnforderung der größten Wertdruckereien und zweier Zeitungsbetriebe. Die Mitgliederzahl ist inzwischen von 37 auf 140 gestiegen, trotz oder gerade auf Grund der gegen uns ergriffenen Maßregeln, was sich immer wiederholt.

Aus all diesen Vorgängen war es doch nur zu erklärlich, nachdem die Tarifverhandlungen durch die unzulässigen Vorschriften für die Arbeitnehmerkommission nach dem Artikel in Nr. 30 in weiter Ferne gerückt waren, sich anderer Mittel zu bedienen. Die Mitglieder suchten sich nunmehr für das einhalbjährige vergebliche Parlamentieren durch eine durchgehende 10prozentige Lohnforderung zu entschädigen. Nach dem unerwarteten Beispiel im Waifenhaus, nach der glänzenden Solidarität der Beteiligten wie auch der ganzen Halle'schen Arbeiterschaft war unsere Position nunmehr eine gereifte und günstige.

Diese Situation begreifen auch unsere Prinzipale und machten uns für die Verhandlungen Konzessionen, sobald es wir für nötig hielten, die Grundlagen der Prinzipals-Kommission eine Tarifgemeinschaft zu hören und nach Möglichkeit Verbesserungsvorschläge anzubringen.

Zu diesem Sinne sehen wir mit Spannung dem kommenden entgegen.

Seitens der Prinzipals-Kommission wurde nunmehr der Gauleiter als Gast zugelassen; es wurde ihm nach eigener Begründung auch das Wort in Sachen der Allgemeinen Bestimmungen zugesichert. Auf die Anwesenheit des Schriftführers wurde verzichtet, da dieser nicht angemeldet war.

Zur Leitung der Sitzung wurde uns der zweite Vorstehende und der zweite Schriftführer zugeteilt, was wir akzeptierten.

Aus den Ausführungen des Prinzipals-Referenten Herrn Wuffet war zu entnehmen, daß man selbst mit einer allgemeinen Lohnzulage nicht das treffen kann, was im Sinne beider Kommissionen zu beseitigen sei, die gar zu niedrigen Lohnzulage zu statitisch von uns am 5. Dezember 08 behandelt wurden. In diesem Sinne waren sich die beiden Kommissionen einig. Die Angebote der Prinzipals-Kommission wichen allerdings weit von unserer Vorlage zurück, waren aber diskutabel.

Unserer Kommission gelang es, auf Grund der fast übereinstimmenden Statistiken einige Verbesserungsvorschläge zur Annahme zu bringen, so daß sich beide Kommissionen nach dem Prinzip des

Jahr	Gesamt-Mitgliederzahl im Jahres-durchschnitt	davon weiblich	in Prozent	Zu- resp. Ab-nahme der Zahl der Gesamt-mitglieder	in Prozent	Zu- resp. Ab-nahme der Zahl der weiblichen Mitglieder	in Prozent
1891	277 659	—	—	—	—	—	—
1892	287 094	4955	1,84	— 40 565	— 14,61	—	—
1893	223 530	5384	2,41	— 13 554	— 5,71	+ 1 029	+ 23,69
1894	246 494	5251	2,13	+ 22 964	+ 10,27	— 153	— 2,47
1895	259 175	6697	2,58	+ 12 681	+ 5,14	+ 1 446	+ 27,53
1896	329 230	15 265	4,64	+ 70 055	+ 27,03	+ 8 568	+ 127,94
1897	412 859	14 644	3,55	+ 83 129	+ 25,25	— 621	— 4,07
1898	493 742	13 841	2,73	+ 81 883	+ 19,73	— 1 163	— 7,94
1899	580 473	19 280	3,32	+ 86 731	+ 17,57	+ 5 799	+ 48,02
1900	680 427	22 844	3,36	+ 99 954	+ 17,22	+ 3 564	+ 18,48
1901	677 510	23 699	3,50	— 2 917	— 0,43	+ 855	+ 3,74
1902	733 206	28 218	3,85	+ 55 696	+ 8,22	+ 4 519	+ 19,07
1903	887 698	40 866	4,58	+ 154 492	+ 21,07	+ 12 448	+ 44,15
1904	1 052 108	48 604	4,62	+ 164 410	+ 15,51	+ 7 938	+ 19,52
1905	1 344 803	74 411	5,53	+ 292 695	+ 27,82	+ 25 807	+ 53,09
1906	1 689 709	118 908	7,04	+ 344 906	+ 25,65	+ 44 497	+ 59,80
1907	1 865 606	136 929	7,34	+ 175 797	+ 10,40	+ 18 021	+ 15,16
1908	1 881 731	138 443	7,55	— 33 775	— 1,81	+ 1 514	+ 1,10

Leipziger Tarifs einigten, daß auch hier der Unterschied wie bei den Gehilfen nach Städtegröße maßgebend sein soll.

Es erhalten ab 1. Oktober 1909: Hilfsarbeiterinnen mindestens 6 Mk., steigend vierteljährlich um 50 Pf. bis 8 Mk. im ersten Jahr, bis 9 Mk. im zweiten Jahr. Lernende Anlegerinnen 7,50 Mk., steigend vierteljährlich um 75 Pf. bis 10,50 Mk.; im zweiten Jahr steigend von 10,50 Mk. auf 11,— Mk. ohne Unterschied ob Schnellpresse oder Ziegelpresse. Hilfsarbeiter erhalten nach 2jähriger Berufstätigkeit 20 Mk., selbst im Alter von 18 Jahren; nach 5jähriger Tätigkeit 21 Mk. Mindestlohn. Ueber die Arbeitsvermittlung resp. Arbeitsnachweis wird sich die Kommission mit dem bestehenden Gehilfennachweis in Verbindung setzen.

Als Schiedsgericht funktioniert die gegenwärtige Tarifkommission, bis seitens der Arbeitnehmer geeignete Kräfte erwählt sind. Der Gauleiter nimmt an den Schiedsgerichtsverhandlungen teil. Die Allgemeinen Bestimmungen gelangen unverändert zur Annahme.

Mit dieser einstimmigen Beschlußfassung hatte sich auch unsere Halle'sche Kollegenschaft das bebrochte Koalitionsrecht gesichert, nun haben die Berufscollegen und Kolleginnen die Verpfändung, Vergleiche anzustellen, ob das Vereinbarte vom 30. August all der Opfer und der Aufregung wert ist. Nun geht es an die Hauptarbeit, das Vereinbarte in allen Betrieben zur Einführung zu bringen und dann Berechnungen anzustellen über das, was uns der Tarif gebracht. Vor allem gilt es aber auch, die Rechte und die Pflichten der Tarifgemeinschaft zu tragen und hierüber werden wir uns bald wieder sprechen. Wir erwarten Euch nun bei der Einführung noch zahlreicher auf dem Plan als bisher. D. Sch.

## Die erste Gaukonferenz des Gau IV

wurde am 22. August in München abgehalten. Vertreten waren die Zahlstellen Augsburg, Kaufbeuren, München, Nürnberg, Regensburg, Schwabach und Würzburg, außerdem war Kollegin Thiede und Kollege Bobahl als Vertreter des Verbandsvorstandes erschienen. Nachdem die Bureauwahl vorgenommen und die Kollegen Schmid, Neumeier und Bergler aus München zur Führung der Verhandlungen bestimmt waren, erstattete ersterer einen eingehenden Bericht über die derzeitigen Organisationsverhältnisse im Gau IV. Erfreulicher Weise konnte konstatiert werden, daß Bayern im Vorwärtsschreiten nicht hinter den anderen Gauen Deutschlands zurückgeblieben ist und mit 2142 Mitgliedern am Schlusse des 2. Quartals an dritter Stelle marschiere. Die trampfhaften Anstrengungen der christlichen graphischen Organisation, das Druckereihilfspersonal für sich zu gewinnen, hat bis jetzt ein klägliches Nisus gezeitigt, da es nur hauptsächlich Buchbinder sind, die unter die Fittiche dieser Auchorganisation flüchten. Unser Hauptaugenmerk müßte in unserem Gau dem noch stark verbreiteten Indifferentismus der Kollegenschaft in den kleineren Druckstädten zugewendet werden.

Gauleiter Schmid gab nun an der Hand eines auch jedem Delegierten zur Verfügung stehenden genauen Agitationsplanes die Einteilung der weiteren systematischen Agitation für die unserem Gau angehörenden Zahlstellen bekannt und wünscht, daß mit Eintritt des Herbstes ein weiteres fruchtbringendes Arbeiten gepflogen werden möchte.

In der darauf einleubenden regen Diskussion, an der sich alle anwesenden Delegierten sowie die beiden Verbandsvorstandsmitglieder beteiligten, wurden noch manche guten Anregungen, hauptsächlich die örtlichen Verhältnisse betreffend, gegeben, die bei der weiteren Agitation nicht aus dem Auge gelassen werden sollen. Im großen Ganzen wurden die Vorschläge des Gauleiters abgepfert.

Der zweite Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Gründung einer Gaukasse. Kollege Neumeier referierte über die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen. Er wies darauf hin, wie der erste Punkt der Tagesordnung schon gezeigt habe, wie notwendig es sei, daß solche Konferenzen, wie sie der Gau IV als erster in unserem Verband veranfaßt habe, abgehalten würden. Auf den

Verbandstagen, die nur alle drei Jahre abgehalten würden, sei es in Folge der Fülle von Material nicht möglich, den kleinen Wünschen der einzelnen Zahlstellen, die jedoch für die Mitglieder am Ort oft von größter Bedeutung sind, Rechnung zu tragen. Es könne dies nicht besser geschehen, als wenn die Gawe alljährlich eine gemeinsame Aussprache unter ihren Zahlstellen herbeiführen. Der Verbandstag habe jedoch für derartige Veranfaßungen keine Mittel vorgeesehen, so daß nun wohl oder übel diejenigen Gawe welche eine solche Konferenz für notwendig erachten, die Kosten selbst aufzubringen haben. Für den Gau IV würde es genügen, wenn die einzelnen Zahlstellen sich bereit erklären, pro Mitglied und Quartal 3 Pf. an die Gaukasse abzuführen. Die Bedenten des Verbandsvorstandes, daß die einzelnen Zahlstellen diese Kosten auf indirektem Wege der Verbandskasse aufbürden würden, konnte Neumeier nicht teilen, da der zu leistende Beitrag so gering sei, daß wohl kein Mitglied sich daran stoßen würde; die größeren Zahlstellen wie München und Nürnberg, die durch ihre Lokalszuschläge ohnehin schon weit höhere Beiträge leisten wie die kleineren, brauchen ohnehin nicht an ihre Mitglieder um Extraleistungen heranzutreten, da sie den auf sie entfallenden Betrag aus der Lokalkasse bestreiten können.

Eine ausgiebige Diskussion folgte auch nach diesen Ausführungen. Hauptsächlich war es eine Anregung des Verbandskassiers Bobahl, der vorschlug, zur Erhebung des Beitrages für die Gaukasse Marken zu verwenden, der auf großen Widerstand bei den Delegierten stieß. Eine weitere Anregung, daß nur die zwei größten Zahlstellen im Gau die Kosten für diese Konferenzen aufbringen sollten, fand nicht die Gegenliebe der Delegierten. Es wurde dann einstimmig beschloffen, jede Zahlstelle habe den Beitrag an die Gaukasse im Betrag von 3 Pf. im Quartal und Mitglied in der ihr bestgeeignetsten Form selbst aufzubringen, ohne daß die Verbandskasse irgendwie deshalb belastet werden dürfe. Die erstmalige Erhebung des Beitrages erfolgt am 1. Oktober d. J.

Die verschiedentliche Handhabung der Bestimmungen unseres Statuts in bezug auf Auszahlung der Unterstüßungen in den verschiedenen Zahlstellen war ein Punkt, der zeigte, daß durch den Wechsel der Kassierer in manchen Zahlstellen nur zu oft die Kenntnis des Kommentars zu unserem Statut verloren geht und dann unwissentlich grobe Fehler begangen werden. Die vom Verbandsvorstand geplante Renewierung in dieser Beziehung, die von der Kollegin Thiede erläutert wurde, verspricht hier eine wesentliche Besserung. Da in Kaufbeuren in nächster Zeit der Tarif abläuft, in anderen Zahlstellen die baldige Einführung von Tarifen gewünscht wurde, so entfaltete sich auch bei diesen Punkten eine rege Debatte, die damit endigte, daß die Delegierten der für die nächsten Bewegungen in Betracht kommenden Zahlstellen, beauftragt wurden, unverzüglich die Vorarbeiten in die Hand zu nehmen und durch Beschaffung einer gewissenhaft aufgenommenen Statistik die nötige Unterlage zu liefern.

Als Ort für die nächstjährige Gaukonferenz wurde Regensburg bestimmt. Den Tag der Einberufung zu bestimmen wurde dem Gauleiter überlassen.

Unter Verschiedenem kam noch das Verhalten der christlichen „Graphischen Stimme“ zur Sprache, die in letzter Zeit sich das Vergnügen macht, außer den leidenden Personen des Buchbinderverbandes auch diejenigen unseres Verbandes und nicht zuletzt die Redaktion unserer Zeitung als Beschränkung zum Abblenden ihres Schmutzes zu betrachten. Man war der Meinung, daß seitens unserer „Antichristlichen Redaktion“, unseres „roten“ Hilfsarbeiterverbandes, lange genug nun der christliche Grundsatz: „Nicht vergelten, sondern vergeben, sollt Ihr“ gewahrt worden ist, und daß es nun Zeit wäre, in einer Kritikkserie analog der in diesem Frühjahr im „Korrespondent“ für Deutschlands Buchbruder veröffentlichte auch die „Solidarität“ zu dem Gebahren der christlichen Gewerkschaften. ihrer Blätter und ihrer Führer Stellung nehmen würde. Die Ausführungen im „Korrespondent“ die leider nicht allen christlichen graphischen Arbeitern zugänglich gemacht werden konnten, hat derartig auf die Nerven der Redaktion der „Gra-

phischen Stimme“ gewirkt, daß sie bis heute noch kein Wort der Erwidern gefunden hat. Eine ähnliche Arbeit unserer Redaktion, für deren Verbreitung unter den christlichen Arbeitern unsere Mitglieder wohl Sorge tragen dürften, könnte nicht mit pöbelhaften Anrempelungen abgetan werden und würde, weil auf Tatsachenmaterial gestützt, bei den noch denkfähigen christlichen Arbeitern sehr bald das Verständnis erwecken, wozu das Schwanken des roten Tuches von den christlichen Führern eigentlich benutzt wird.

Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten und einem kräftigen Schlußworte des Gauleiters Schmid wurde nachmittags 5 Uhr mit einem begeisterten Hoch auf den Verband die Tagung geschlossen.

Unter allen Umständen bedeutet auch dieser erste Gantag in der Geschichte unseres Verbandes einen Schritt nach vornwärts und ohne daß wir zu große Optimisten sein wollen, läßt es sich doch heute schon sagen, daß die auf dieser Konferenz geleistete Arbeit unserem Verbande und unseren Mitgliedern Vorteile bringen wird. Allerdings wird ja erst der nächstjährige Gantag zeigen, inwieweit die einzelnen Zahlstellen, die auf dieser Tagung übernommenen Pflicht auch nachgekommen sind. Hält aber jeder einzelne Delegierte das, was er in München versprochen, dann werden wir beim Wiedersehen in Regensburg mit Vergnügen auf ein Jahr zwar schwerer aber fruchtbringender Arbeit zurückblicken.

Drum nicht verzagt und mutig fortgerungen,  
Der hohe Preis, er ist des Sieges wert;

Nur wer im Kampf des Geistes Schwert geschwungen,  
Der hat gelebt, dem hat die Welt gehört.

M. S. C. u. d.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage des deutschen Eisenmarktes. — Kartell-sorgen. — Rasche Wertsteigerung des industriellen Kapitals. — Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli.

Wie stark selbst in unterrichteten Kreisen die Ansichten über die derzeitige Lage des deutschen Eisenmarktes auseinandergehen, das beweist nichts besser als der Umstand, daß in einer großen und führenden rheinischen Zeitung unmittelbar vor der Erhöhung eines Teils der Kohleisenpreise an der Düsseldorf Montanbörse ein äußerst ungünstiger Situationsbericht über den deutschen Eisenmarkt erschien, der ganz besonders die derzeitige Lage des Roheisenmarktes schwarz in schwarz malte. Sicher ist ja, daß gegenüber der deutlichen Erholung an amerikanischen und britischen Eisenmärkte die Lage in Deutschland noch matt erscheint. Daß aber die Spuren der Erholung auch in Deutschland schon zu beobachten sind, kann man gerade am Roheisenmarkte sehr wohl verfolgen. Nur werden diese Spuren wie die ganze Erholung überhaupt infolge des latenten Kampfes zwischen gemischten und reinen Werken sehr stark verdeckt. Es rächt sich eben, daß alle straffen Kartellorganisationen in der Roheisenindustrie aufgelöst sind: wir haben keine Roheisenkombinate mehr. Während früher der Wettbewerb der gemischten Betriebe sich gegen die reinen Walzwerke richtete, kehrt er sich jetzt noch gegen die reinen Hochofenwerke, ja die Konkurrenz der großen Kombinationsbetriebe berührt sogar sehr scharf auch die reinen Kohlenzechen. Vielleicht noch nie hat die organisatorische technische und kaufmännische Ueberlegenheit der gemischten Betriebe in der Montanindustrie sich so nachhaltig und intensiv bemerkbar gemacht wie gerade gegenwärtig. Man kann fast behaupten, daß der Druck, der noch auf dem deutschen Eisengewerbe lastet, von der Produktions-, Preis- und Abnahmepolitik der gemischten Betriebe veranlaßt ist. Denn während sie schon im Zeichen der Erholung stehen, kämpfen die reinen Betriebe noch schwer um Beschäftigung.

Es wäre aber grundverkehrt, den gemischten Betrieben aus ihrer Politik Vorwürfe machen zu wollen. Das Bild, das sich heute bietet, ist eine notwendige Folge des kurzfristigen Verhaltens der reinen Werke, vor allem der Walzwerke, die zu der Zeit, da der Stahlwerksverband als die Vertretung der gemischten Betriebe sich zu einem kartellartigen Zusammenschluß mit den reinen Werken bereit erklärte, durch zu weitgehende Forderungen eine Verbandsbildung unmöglich machten und damit die Situation heraufbeschworen, in der sie sich heute befinden. Nunmehr helfen alle Klagen, alle Veremündungen nichts. Die gemischten Betriebe behaupten ihre Anlagen aus, trachten immer mehr nach einer Verbilligung der Herstellungskosten durch or-

ganische Gliederung des Produktionsprozesses. Diese Entwicklung drängt aber die reinen Betriebe stark zurück. Dabei sieht es gar nicht so aus, als ob die gemischten Betriebe noch Luft hätten, mit den reinen Werken sich zu Verbänden zusammenzuschließen. Was man über Versuche zu Kartellbildungen hört, das beschränkt sich auf ergebnislose Besprechungen. Die Kartellorgane im Eisen- und Stahlgewerbe sind bei diesem Stande der Gegensätze doppelter Art: auf der einen Seite müssen wir mit einem engeren Zusammenschluß der gemischten Betriebe rechnen, auf der anderen Seite werden sich die reinen Betriebe genötigt sehen, ihrerseits sich gleichfalls zusammenzuschließen und zum Teil in Anlehnung an das beherrschende Kartell der gemischten Werke zu retten und zu halten, was die Produktionspolitik der gemischten Werke übrig läßt. Und das ist für einen ziemlich erheblichen Teil der reinen Betriebe immerhin noch ein ansehnliches Feld.

Bei dieser Gelegenheit sei auch der die Kaliumindustrie bewegenden Kartellorgane gedacht. Das Kaliumsyndikat ist noch keineswegs perfekt, sondern befindet sich unfertig in der Schwebel. Es es definitiv zustande kommen wird, hängt hauptsächlich davon ab, ob es bis Ende des Jahres gelingt, die Verkaufstätigkeit einzelner Werke, die in der kurzen Zeit, da das Kaliumsyndikat formell nicht bestand, mit einem amerikanischen Trust Lieferungsverträge abgeschlossen haben, so zu ordnen, daß sich die Abschlüsse nach Amerika für die anderen im Syndikat zusammengeschlossenen Werke nicht störend und schädigend bemerkbar machen. Man sieht also, daß es hier bis zu einem gewissen Grade die Amerikaner in der Hand haben, ob das Kaliumsyndikat zustande kommt oder nicht. Nur die Befürchtung, daß unter Umständen die Regierung mit einem Kaliumausfuhrverbot eingreifen könnte, dürfte die amerikanischen Interessenten zur Nachgiebigkeit veranlassen.

Trotz dieser und anderer Sorgen und Schattenseiten bewegt sich aber die Konjunktur in Deutschland langsam weiter aufwärts. Geradezu auffallend und schon ungesund rasch vollzieht sich die Erholung auf dem Kapitalmarkt. Und zwar sind es hier die Dividenden-, vornehmlich also die Industriefwerte, deren Kurssteigerungen während des laufenden Jahres schon eine ganz ansehnliche Wertsteigerung des mobilen Kapitals bewirkt haben. Der Kurswert des an der Berliner Börse gehandelten Kapitals stellte sich Ende Dezember 1908 auf circa 102,41, Ende Juli aber schon auf 105,10 Milliarden Mark. Die Wertsteigerung während der ersten sieben Monate betrug also nicht weniger als 2,69 Milliarden Mark. Die relativ größte Steigerung weist das Kursniveau der Dividendenwerte auf. Es betrug nämlich der Durchschnittskurs für die Gesamtheit der festverzinslichen und für die Gesamtheit der Dividendenwerte am Ende der nachstehenden Monate:

	festverzinsliche Werte	Dividendenwerte
Dezember 1908 . . .	93,10	150,08
Januar 1909 . . .	93,63	150,66
Februar " . . .	94,10	149,15
März " . . .	94,48	149,60
April " . . .	95,43	153,46
Mai " . . .	95,33	153,88
Juni " . . .	94,75	153,77
Juli " . . .	95,19	156,64

Man sieht zunächst aus dieser Aufstellung, daß gegen Dezember 1908 der Kurs der festverzinslichen um 2,09, der der Dividendenwerte aber um 6,56 Proz. gestiegen ist. Die Hauptsteigerungen der Dividendenpapiere fallen in die Monate April und Juli, also gerade in einen Monat, der sich für den Arbeitsmarkt recht unfreundlich gestaltete. Betrachtet man die Wertsteigerung der Dividendenwerte für sich, so betrug ihr Kurswert Ende Dezember 1908 erst 20,36 Milliarden Mark, Ende Juli dieses Jahres aber 21,21 Milliarden, so daß sich ein Plus von rund 850 Millionen Mark ergibt. Da die an der Berliner Börse gehandelten Dividendenwerte nur einen Teil des in der Industrie verarbeiteten Kapitals repräsentieren, die Wertsteigerung sich aber auf das gesamte industrielle Kapital erstreckt, so kann man daraus ersehen, um welchen Grad sich der Wert des Unternehmungskapitals im laufenden Jahre schon gehoben hat.

Von dieser zu starken und zu raschen Wertsteigerung sticht die langsame Erholung am Arbeitsmarkte sichtlich ab. Das Ueberangebot laßt sich so stark auf dem Markte, daß der Juli sogar eine neue, hoffentlich und wahrscheinlich nur vorübergehende Steigerung des Andranges im Vergleich

zum Vorjahre gebracht hat. Auf 100 offene Stellen kamen nämlich nach den vorläufigen Anstreibungen an 120 deutschen Arbeitsnachweiser 161,01 Arbeitsuchende gegen 148,99 im Vorjahre. Zu dem wenig erfreulichen Ergebnis im Juli hat vor allem die ungewöhnlich schlechte Witterung beigetragen, die die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe empfindlich beeinträchtigte. Der Grad der Verschlechterung im Juli wird durch eine Gegenüberstellung der entsprechenden Ziffern der Vormonate und durch eine Berechnung der Spannung mit dem Vorjahre sofort ersichtlich. Es betrug nämlich der Andrang:

	1908	1909 + oder -	gegen 1908
Januar . . .	148,6	184,9	+ 36,3
Februar . . .	153,4	198,9	+ 45,5
März . . .	188,0	165,4	+ 27,4
April . . .	140,3	147,4	+ 7,1
Mai . . .	156,3	151,1	+ 5,2
Juni . . .	147,2	154,4	+ 7,2
Juli . . .	149,0	161,0	+ 12,0

Man sieht: von Februar ab ließ die Plusdifferenz gegenüber dem Vorjahr, das allerdings im Zeichen zunehmender Verschlechterung stand, auffallend nach, und der Juni ergras sogar schon eine kleine Minusdifferenz, also im Vergleich zu 1908 eine Besserung. Der Juli aber brachte in diese günstige Bewegung einen nicht unerheblichen Rückschlag, von dem indes anzunehmen ist, daß er keine nachhaltige Wirkung ausüben wird.

Berlin, am 22. August 1909.

Rich. Calwer.

## Rundschau.

**Christliche Ehrenrettung.** Am 19. August fand vor dem Schöffengericht Pappenheim eine Verhandlung statt, in welcher der christliche Gewerkschaftssekretär Franz Joseph Bauer von Ingolstadt, ein der Augsburger Arbeiterschaft nicht unbekannter Persönlichkeit, als Kläger gegen unseren Kollegen Lehmeier auftrat.

Der Verleumdungsklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Gelegentlich eines Besuchs in seinem Heimatort Solnhofen Weihnachten 1908 soll Lehmeier in einer dortigen Wirtschaft sich einer größeren Anzahl christlich organisierter Arbeiter gegenüber geäußert haben: „Was wollt ihr denn mit eurem Bauer, dieser ist der größte Lump und hat 9 Mk. unterschlagen.“ Bauer, dem diese Äußerung sofort hinterbracht wurde, klagte. Bereits am 29. April kam zwischen beiden Parteien ein Vergleich zustande, die Sache kam aber dennoch zum gerichtlichen Austrag, weil der Beklagte die Vergleichsbedingungen nicht erfüllte.

Besondere Beachtung verdienen die in der Verhandlung zur Sprache gekommenen Aussagen dreier ehemals christlich organisierter Arbeiter. Herr Bauer soll den drei Zeugen versprochen haben, wenn sie von Solnhofen nach Augsburg überföhrten, bekomme dort jeder drei Mark Rußgeißelunterstützung. Die Drei kamen nach Augsburg, stellten sich bei Herrn Bauer vor und glaubten die versprochenen drei Mark zu erhalten; sie täuschten sich aber schwer. 1906 brach in Augsburg der Maurerstreik aus, die drei christlich organisierten Kollegen wurden in Mittelschicht gezogen. Weil sie nun fremd und mittellos dastanden, schickten sie ihren jüngeren Kollegen zu Bauer, um die versprochenen drei Mark zu holen. Da kamen sie aber schon an; Bauer erklärte dem Kollegen gegenüber, für ihn sorge er um Arbeit, für die anderen könne er nichts tun; diese stellte er so hin, als ob sie arbeitslos wären, trotzdem sie im Besitze sämtlicher Invalidenkarten waren. Auf der Suche nach Arbeit für den bevorzugten Christen ließ sich — so behaupten die Zeugen — Herr Bauer Bier und Brezen von seinem ansäperrten Kollegen bezahlen, dafür sorgte er ihm um Arbeit in einer hiesigen Schuhfabrik, wo er täglich um rund 56 Pf. Lohn zu stehen kam. Ein Jahr später, als derselbe Kollege auf einer Postkarte Bauer Vorhalt machte und auch schrieb, daß diese Handlungsweise doch nicht dem Charakter eines christlichen Gewerkschaftsbeamten entspreche, sandte Bauer diesem mittelst Postanweisung 1 Mk. mit der Bemerkung: „Sollte ich Ihnen jemals etwas abgetrunken haben, so zahle ich es mit Zins zurück.“ Auf Befragen des Amtsrichters — die Zeugen wurden kommissarisch vernommen —, was sie über die Handlungsweise des Bauer dachten, erklärte einer: „Das sage ich nicht.“ Der andere Zeuge sagte, er wäre heute noch der Anschauung, daß

Bauer die 9 Mk für sich behalten habe. In der ersten Verhandlung suchte Kläger diese schweren Vorwürfe vergeblich abzuschütteln, in der zweiten Verhandlung fand er überhaupt kein Wort zu seiner Verteidigung, bloß sein Gesicht bekam bei den Ausführungen des Rechtsanwalts Eand, der den Beklagten vertrat und der den Kläger auf Grund dieser unbenommenen Zeugenaussagen schwer in die Enge trieb, eine wunderbar schöne rote Farbe.

Das Urteil lautete für Lehmeier auf 50 Mk. Geldstrafe. Betrachtet man die Schwere des gemachten Vorwurfs, so ist der Sieg des Herrn Gewerkschaftssekretär Bauer nicht allzu hoch anzuschlagen. Die „Gewerkschaftsstimme“ hat bis jetzt über die Verhandlung konsequent geschwiegen. „Schwäb. Volksztg.“

**Der Streik der Lithographen und Steinbrücker bei Eschbach** in Leipzig ist durch das Eingreifen des Zentralvorstandes des Gewerkschaftsbundes und des Schutzverbandes beigelegt. Unsere Kolleginnen, welche infolge ihres solidarischen Eintretens für die Ausständigen entlassen wurden, mußten nach einem Spruch des Tariffchiedsgerichts wieder eingestellt werden. Bei dieser Gelegenheit kamen auch verschiedene Mißstände, über die unsere Kolleginnen zu Klagen hatten, zur Sprache und wurde die Firma verurteilt, für Abstellung derselben zu sorgen.

## Literatur.

**Religion, Kirche und Sozialdemokratie.** Unter diesem Titel ist soeben bei G. Birk u. Co. m. b. H. in München eine Schrift des bekannten Pastors E. Felden in Bremen erschienen, die sich in sachlicher und eingehender Weise mit der jetzt wieder viel erörterten „Erklärung der Religion zur Privatfache“ beschäftigt. Die Schrift enthält in der Hauptsache eine Rede, welche Pastor Felden im Gewerkschaftshaus zu Bremen hielt. Der billige Preis von 30 Pf. für die gut ausgetattete Schrift macht deren Anschaffung weiten Kreisen möglich.

**Sozialistische Theaterstücke.** Die unter diesem Titel erscheinende Serie von Lustspielen, Schwänken, Schauspielen usw., welche sich besonders zur Aufführung bei Arbeiterfesten jeder Art eignen, ist durch zwei neu erschienene Stücke vermehrt worden und zwar: „Meffior Schneidgen Abenteuer“, Schwank in zwei Akten von R. Ribbezahl, und „Im Kampf ums Dasein“, Einakter von R. Ribbezahl. Außerdem ist „Der entlarvte Spindel“, Komödie in zwei Akten aus der Zeit des Sozialistengesetzes von E. M. Scävola in zweiter verbesserter Auflage erschienen. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sendet Interessenten gern gratis einen Spezialkatalog und gibt auf Anfragen jede gewünschte Auskunft.

## Versammlungskalender.

**Erfurt.** Mitgliederversammlung am 15. September 1909, um 8½ Uhr abends, im „Lidoli“. Tagesordnung: Vortrag. Ausgabe der Lesekarten. Vereinsangelegenheiten.

**Magdeburg.** Generalversammlung am Sonntag, den 12. September 1909 um 3 Uhr nachmittags, im „Sachshof“, Gr. Storchstr. 7. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Nachdem Lanzafränzchen.

## Briefkasten.

**M—r., Mainz.** Für das gütige Anerbieten, den Artikel nachdrucken zu dürfen, bedanken wir uns freundlichst. Hoffentlich wird es nicht zur Gewohnheit, die Berufsverhältnisse unserer Kollegenschaft erst in der Tagespresse zu besprechen und uns dann großmütig den Nachdruck zu gestatten. Wir sind nämlich der Meinung, daß für solche Erweiterungen in erster Linie das Verbandsorgan da ist. — **W. S., Dresden.** Artikel mit Dank angenommen. Abdruck erfolgt in einer der nächsten Nummern. — **S. D—r., Kaufbeuren.** Bericht auf sehr veraltet.

## Abrechnungen

des 2. Quartals gingen in dieser Woche ein aus Berlin, 5879,40 Mk.; Gießen, 71,35 Mk.; Hamburg 961,05 Mk.

S. Sodaschl.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 37.

Berlin, den 11. September 1909.

15. Jahrgang.

## Die Notwendigkeit eines einheitlichen Heilverfahrens für die verunglückten Arbeiter.

Einer der schlimmsten Mißstände unserer Arbeiterversicherung liegt darin, daß der verunglückte Arbeiter in der Regel während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall von seinem Krankentassenarzt, nach Ablauf dieser Zeit jedoch von dem Arzt der Berufsgenossenschaft behandelt wird. Oft genug wird infolge dieses unsinnigen Rechtszustandes der verunglückte Arbeiter vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfall an einem ganz anderen Heilverfahren unterzogen, als in der ersten Zeit seiner Krankheit. Daß dies sehr nachteilig für die möglichst schnelle und gründliche Heilung der verunglückten Arbeiter ist, liegt auf der Hand. Daher sollte, schon um diesem Mißstand zu vermeiden, die gesamte Arbeiterversicherung einheitlich durchgeführt werden. Leider wird aber dieses Ziel aber auch bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung nicht erreicht werden. Allerdings haben die Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze das Recht, eine einheitliche Behandlung der verunglückten Arbeiter in der ganzen Zeit der Krankheit herbeizuführen. Sie können den Krankentassen die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens gegen Ersatz der Ankosten übertragen. Andererseits sind die Berufsgenossenschaften auch berechtigt, das Heilverfahren schon gleich nach dem Unfall vom Beginn der Krankheit an zu übernehmen. Letzteres wäre mit Rücksicht auf eine möglichst schnelle und gründliche Heilung der Verletzten sicher das Beste. Jedoch haben die Berufsgenossenschaften auch hier — wie überhaupt auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge — versagt. Die meisten Berufsgenossenschaften übernehmen das Heilverfahren während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nur in einer verschwindend kleinen Zahl von Fällen. Und das, trotzdem auch das Reichsversicherungsamt von jeher in dem frühzeitigen Heilverfahren der Berufsgenossenschaften ein sehr geeignetes Mittel erblickt hat, die Verletzten, wenn irgend möglich, völlig wieder herzustellen und die schädlichen Folgen der Unfälle zu verringern. Das Reichsversicherungsamt hat denn auch eine richtige Auswahl der Fälle, sowie rechtzeitige Übernahme und sorgfältige Ausgestaltung des Heilverfahrens den Berufsgenossenschaften wiederholt empfohlen.

In der letzten Zeit hat das Reichsversicherungsamt ganz besonders dankenswerter Vorarbeiten in Bezug auf die Durchführung eines einheitlichen Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften auszuführen. Es hat eine besondere Umfrage darüber veranstaltet, wie die einzelnen Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen vorgehen. Dann hat der Präsident des Reichsversicherungsamtes ein Rundschreiben an einige Ärzte gerichtet, die auf diesem Gebiet besonders erfahren sind, um die praktischen Beobachtungen in der Sache kennen zu lernen. Endlich hat das Reichsversicherungsamt mehrere gewerbliche Berufsgenossenschaften aufgefordert, ihre Ansicht, die sie geäußert hatten, daß sie nämlich mit der Übernahme des Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nicht allein gute Heilerfolge erzielt, sondern auch Rentenbeiträge in nicht unerheblichem Maße erspart haben, näher zu erläutern. Ferner erbat das Reichsversicherungsamt von zwei gewerblichen Berufsgenossenschaften, die nach ihrer Versicherung mit der Übernahme des Heilverfahrens in finanzieller Beziehung schlechte Erfahrungen gemacht haben, eine genaue Zusammenstellung der Zahlen darüber.

Ueber das Ergebnis, das diese Bemühungen des Reichsversicherungsamtes gehabt haben, veröffentlicht Herr Dr. G. A. Klein, Kaiserlicher Geh. Regierungsrat, in der letzten Nummer des Zentralblattes der Reichsversicherung einen vorläufigen Bericht. Nach demselben hat sich zunächst eine überaus große Verschiedenheit der Grundsätze ergeben, die die Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilverfahrens befolgen. Neben manchen Beweisen verständnisvoller und erfolgreicher Betätigung einer Anzahl von Berufsgenossenschaften auf diesem wichtigen Gebiete ist zu ersehen, daß vielfach noch nicht in dem gebotenen Umfang und in geeigneter Weise vorgegangen wird. Die befragten, erfahrenen Ärzte stehen ausnahmslos der Übernahme des Heilverfahrens während der ersten 14 Wochen nach dem Unfälle durch die Berufsgenossenschaften günstig gegenüber. Schließlich kommt der Berichterstatter auf Grund des geltenden Rechts und der praktischen Erfahrungen zu folgenden Zeitsätzen:

1. Ein rechtzeitiges und wirksames Heilverfahren der Unfallverletzten liegt im Interesse aller Beteiligten, der Verletzten ebenso wie insbesondere auch der Berufsgenossenschaften usw. als Träger der Unfallversicherung, denen die frühzeitige Übernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nur aufs angelegentlichste empfohlen werden kann.

2. Es ist hinzuwirken auf eine möglichst frühzeitige Unfallmeldung (Unfallanzeige) mit genauer Beschreibung des Herganges und insbesondere der Folgen des Unfalls. Ein schneller ärztlicher Befundbericht erscheint erwünscht.

3. Eine möglichst sofortige Durchsicht der Unfallanzeigen bei der Berufsgenossenschaft (Sektion) erscheint geboten, gegebenenfalls unter Heranziehung eines Arztes.

4. Schneller Entschluß über die Übernahme des Heilverfahrens durch ein Organ, das die einschlägigen Verhältnisse (auch bei den Krankentassen, den behandelnden Ärzten usw.) kennt.

5. Richtige Auswahl der Fälle. Diese an sich medizinische Frage wird im einzelnen Falle vielfach durch die örtlichen Verhältnisse bei den Verletzten, den Krankentassen, den behandelnden Ärzten usw. beeinflusst.

6. Die Art der Behandlung hat sich nach dem einzelnen Falle zu richten. Fachärzte für ausgesprochene Spezialleiden (Augenverletzungen, Nervenleiden usw.). Die Ausbildung der Ärzte in der Unfallheilkunde ist von den Versicherungsträgern zu fördern, ebenso die Einrichtung von Heilanstalten für Unfallverletzte.

7. Eine Ueberwachung der zunächst nicht übernommenen Fälle durch Anfragen bei dem Arbeitgeber, der Krankentasse, dem behandelnden Arzte, dem Vertrauensmann, der Gemeinbeschwerter auf dem Lande usw., auch durch persönliche Vorstellung im Genossenschafts-(Sektions-)Bureau erweist sich von Nutzen.

8. Um die vielfachen Aufgaben und Interessen, die den Berufsgenossenschaften und den Sektionen, den Krankentassen und Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung in einem örtlichen Bezirke gemeinsam sind, zu fördern, empfehlen sich Vereinbarungen der Beteiligten und lokale Vereinigungen.

Diese Zeitsätze verdienen die Beachtung auch der Arbeiter. Wo sich die Gelegenheit dazu bietet, sollten die Arbeiter darauf bringen, daß den Verunglückten gleich nach dem Unfall eine angemessene und gründliche, planmäßige Behandlung zuteil wird. Freilich haben die Arbeiter keinen Einfluß auf die Praxis der Berufsgenossenschaften. Das ist auch der Grund, weshalb die Berufsgenossen auf diesem Gebiete ihre Aufgabe so schlecht erfüllen.

Denn die Entscheidung sowohl darüber, ob in dem einzelnen Falle das Heilverfahren von der Berufsgenossenschaft übernommen und in welcher Weise es durchgeführt werden soll, kann wirklich sachgemäß nicht nach den Grundsätzen der Unternehmer, die in erster Linie soviel als möglich an den Ausgaben „für die Arbeiter“ sparen wollen, getroffen werden, sondern muß aus den besonderen Verhältnissen der Arbeiter heraus erfolgen. Deshalb darf den Arbeitern nicht länger der maßgebende Einfluß auf die Praxis der Unfallversicherung vorenthalten werden, wenn die Heilbehandlung der verunglückten Arbeiter so verbessert werden soll, wie es notwendig ist.

## Korrespondenzen.

**Bremen.** In der Versammlung am 1. September hielt Koll. Schab nach Erledigung der Formalitäten und der Verlesung des Protokolls ein ausgezeichnetes Referat über den schwedischen Generalstreik, für das ihm die Anwesenden mit lebhaftem Beifall dankten. Sodann wurde beschlossen, aus freiwilligen Mitteln und den Erträgen von ebeventueller Festlichkeiten einen Fahnenfond zu gründen. Das Festkomitee erstattete einen eingehenden Bericht und hofft, daß seine Mühe durch zahlreichen Besuch des Stiftungsfestes am 19. September belohnt werde. Unter Verschiedenem wurde die Frage aufgerollt, über die sämtliche Gewerkschaften Bremens zu beschließen haben, ob die Anstellung einer wissenschaftlichen Lehrkraft für Bremen in der Person des Gen. Pannetier angebracht sei. Die Kosten sollen vom Parteil der politischen Organisation gemeinschaftlich aufgebracht werden. Nach kurzer Diskussion wird dem Projekt zugestimmt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Dresden.** Am 24. August fand in den Reichshallen eine große Versammlung der Druckereiarbeiter und Arbeiterinnen statt, welche gut besucht war. Einen Vortrag über: „Welche Aufgaben hat das Dresdener Druckereihilfspersonal im Wirtschaftsleben?“ hielt Kollegin Helene Wagner aus Chemnitz. Die Referentin verstand es, durch ihre vorzüglichen, leichtverständlichen Ausführungen die Anwesenden zu fesseln. Besonders behandelte sie die hiesigen schlechten Arbeitsverhältnisse und nun noch die dazu eintretende Teuerung, welche gerade die Schulkern der Arbeiter am meisten belastet. Eine Unterernährung ist die Folge davon, welches wieder die verschiedensten Krankheiten mit sich bringt. Die Statistiken beweisen, daß gerade in unserem Beruf die meisten Krankheiten, ebenso auch Fehlgeburten vorkommen. Unsere Sozialpolitiker versuchen aber zu beweisen, daß sich die Lage der Arbeiter verbessert habe, sie begründen dies damit, daß es jetzt Arbeiter mit Fragen, Arbeiterin mit Gut giebt, was früher nicht der Fall gewesen wäre. Die Herren vergessen aber ganz, daß dies ein Kulturfortschritt sei, dem wir uns, so weit es geht, anpassen. Tatsache aber ist, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter, mit der der Unternehmer nicht gleichen Schritt gehalten hat. Damit wir aber unsere Lage verbessern und auch endlich zu einem Tarifabschluß kommen, ist es notwendig, sich unserem Verband anzuschließen, so weit dies noch nicht geschehen ist. Nebenher wünscht, daß niemand den Saal verläßt, ohne unser Mitgefühl geworden zu sein. Wenn ein jeder seiner Pflicht nachkommt, wird es uns hier am Ort durch den Verband halb gelingen, den Sieg davon zu tragen. Zum Schluß warnt sie noch vor den gelben Vereinen, welche nichts weiter als Harmonieuhlei treiben. Lobender Beifall wurde ihr am Schluß des interessanten Vortrages zuteil. In der Diskussion sprachen mehrere Redner, unter denen Franz Herrmann wünschte, daß das Gehörte beherzigt und in die Tat umgesetzt werde. Der Wunsch der Versammlung mußte angefaßt sein, namentlich wo die Herren Buchdruckersingale über unsere Köpfe hinweg den Lohn für Anlegerinnen nicht über 12 Mk. festgelegt haben und sind

Lohnreduzierungen tatsächlich schon eingetreten. Nicht anders machen es die Herren Steinbrund-Prinzipale. So wurde z. B. heute ein Steinschleifer für 12 Mk. gesucht, welcher gleichzeitig auch anlegen kann. Ganz besonders verdient hier die Firma Baensch, Lehmann und Hille genannt zu werden, welche in der Buchbruder-Firma die erste Geige spielen. Paul Herrmann nennt noch die Firma Ulrich und Seifert, welche mit zu den größten Scharfmachern gehören, da doch letzterer bei einer Prinzipalsversammlung seine Kollegen angerufen: „Meine Herren, sehen Sie sich vor, die Hilfsarbeiter haben wieder etwas vor, vor allem verstehen sie sich mit Lehrmädchen“. Hier ist zu sehen, wie die Unternehmer Kollegialität und Solidarität üben, dessen Nachahmung uns nur dienlich sein kann. Usbann gibt Kollege Franz Herrmann den Bericht vom 2. Quartal, mit welchem wir durchaus zufrieden sein können. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 2. Quartals 781, bestehend aus 316 männlichen und 465 weiblichen Mitgliedern. Die Einnahme durch Martenverkauf betrug 2549,15 Mk. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: 690,95 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 341 Mk. Krankenunterstützung, 35 Mk. Streikunterstützung, 100 Mk. Wäscherinnenunterstützung, 15,75 Mk. Agitationskosten, an die Hauptkasse wurden 668,59 Mk. gesandt. Auch der Arbeitsnachweis hat im verfloffenen Quartal gut floriert, so daß manche Stellen nicht besetzt werden konnten. Arbeitslos waren 70 Mitglieder = 1150 Tage. Krank waren 71 Mitglieder = 1085 Tage. Veranlagt wurden 3 Mitgliederveranstaltungen, 1 Steinschleiferversammlung, 15 Druckerbesprechungen, 3 Vorstandsitzungen und 1 Festkomiteefestigung. Vorfälligwerden machte sich bei 3 Firmen nötig, wo ihr Erfolg zu verzeichnen hatten. Kollege Thirach als Obmann der Revisionskommission teilt mit, Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben und bittet, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Unter Verschiedenem macht Paul Herrmann die Anwesenheit noch auf die Notwendigkeit des genauen Ausfüllens der statistischen Zettel aufmerksam, bei welchem die Vertrauensleute so weit als nötig beihilflich sein sollen, um genaues Material zur Grundlage der Tarifverhandlungen zu schaffen. Ferner wird demnächst eine verbindliche Sitzung mit dem Graphischen Kartell stattfinden, an der die Verwaltung teilnehmen wird, denn es kann sich ja dabei für uns nur um gutes handeln. Des weiteren ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, für guten Besuch unseres Stiftungsfestes und ebenso für die Entnahme eines Programms zu sorgen. Zum Schluß gibt er noch bekannt, daß die Verwaltung für die Ausständigen in Schweden 20 Mk. bewilligt hat, ebenso soll ein jedes nach Kräften sich am Sammeln von Geldern für die Schweden betätigen, denn deren Sieg ist unser Sieg. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Mtg.** In einer am 27. August abgehaltenen Versammlung referierte unsere Zentralvorsitzende Frau Paula Thiede-Berlin über das Thema: „Wie können wir unseren Tarif zur Einführung bringen?“ In nahezu einstündigen Ausführungen wies sie u. a. darauf hin, daß nur der Zusammenschluß und die Einigkeit der Kollegen und Kolleginnen im Verband es ermöglichen, sobald als möglich mit einer Forderung an die Herren Prinzipale heranzutreten, zwecks Einführung der allgemeinen Bestimmungen und eines günstigen Tarifs. Wenn es bis jetzt hier noch nicht so weit gekommen sei, so seien nur die Kollegen und Kolleginnen selbst daran schuld, teils aus Interesslosigkeit, teils aus Angst, daß dieselben, wenn sie dem Verband beitreten, aus Straßendiebstahl verworfen werden. Aber davor braucht niemand mehr Angst zu haben, da ja der weitaus größte Teil der Faktoren im Buchbruderverband selbst organisiert seien und dann ja auch unser Verband Maßregelungsunterstützung ausbezahle. Auch die Ausschüfte einiger Kolleginnen, nicht einzutreten, da dieselben ja doch bald heiraten würden, wären nur leere Ausschüfte, mit denen sie nur ihre anderen Kolleginnen vom Eintritt abhielten. Auch sei der größte Teil dieser Frauen nicht durch ihre Heirat auf Kosten gebettet, sodas dieselben über kurz oder lang wieder in die Druckerei zurückkehren müssen. Deshalb sei auch im Statut ein Passus enthalten, welcher denen, die vom Beruf abgehen und innerhalb Jahresfrist wieder in den Verband eintreten, ihre alten Rechte sichern. (Also warum solche faulen Ausschüfte? D. W.) Deshalb weg mit solchen Ausschüften und hinein in den Verband, zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Reiches Beifall erteilte die Referentin am Schluß ihres Referates. In der Diskussion wurde von einem Kollegen aufs lebhafteste bedauert, daß es gerade die Frauen langjährig organisierter Buchdrucker

nicht für nötig erachten, dem Verband beizutreten. Hat hier die andere Ehehälfte den Organisationsgedanken noch nicht erfaßt oder? ... In ihrem Schlußwort betonte die Referentin, daß laut Beschluß des Zentralvorstandes alle diejenigen, welche bis 1. Oktober d. J. wieder eintreten und früher schon Mitglied der hiesigen Zahlstelle waren, die früher bezahlten Beiträge voll angerechnet werden, weil es die eigenartigen Verhältnisse mit sich brachten, daß es verschiedenen Mitgliedern nicht möglich war, ihre Beiträge regelmäßig weiter zu bezahlen. Also auf, Kollegen und Kolleginnen, macht hierbon fleißig Gebrauch. Laßt euch nicht durch andere abhalten, tretet ein in den Verband, denn nur durch Einigkeit kommt ihr zum Ziel. Jeder ist sich selbst der Nächste! Neuaufnahmen waren 3 zu verzeichnen.

**Wiesbaden.** Am Sonntag, 29. August, vormittags, fand hier im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, zu welcher die Mitglieder der Buchbinder-, Buchdrucker-, Lithographen- und Steinbruder-Verbände eingeladen waren, und auch teilweise der Einladung folgten. Trotz umfassender Propaganda unter den Kollegen und Kolleginnen zog es doch ein großer Teil vor, der Versammlung fernzubleiben. Die Abhaltung dieser Versammlung veranlaßte ein Besuch unserer Zentralvorsitzenden, Kollegin Paula Thiede, auf eine Agitationsstour begriffen. Das von Kollegin Thiede behandelte Referat lautete: „Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Hilfsarbeiter und wie wir sie verbessern wir dieselben?“ Rednerin besaßte sich eingangs mit der Entwicklung des Verbandes seit der Gründung 1898 und wies darauf hin, daß gerade die sog. Kleinarbeit die eigentliche maßgebende Grundlage bezüglich der jetzigen Stärke des Verbandes bilde. Durch den 1896 geschaffenen Buchdrucker-Tarif sei die Bewegung eine viel ernstere und flottere geworden, da hierdurch die Kollegen einsehen lernten, daß nur durch einen festen Zusammenschluß etwas erreicht werden könne. In den letzten 5-6 Jahren habe der Verband sich fast unbemerkt entwickelt. Früchte dieser Entwicklung seien die Unterstützungsanstaltungen sowie die allgemein geschaffenen Grundlagen in bezug auf Ueberstundenregelung, Zeugnisausstellung sowie auch der in vielen Städten mit Tarifabschlüssen bestehenden paritätischen Arbeitsnachweise und Schiedsgerichte. Auf die bereits bestehenden Tarife in den zum Gau gehörigen Städten Frankfurt a. M., Mannheim, Darmstadt, Cassel, welche geordnete Lohnskalen gewährten, verweisend, liege es für Wiesbaden in nicht allzuweiter Ferne, einen derartigen Abschluß zu versuchen, jedoch ein kompakter Zusammenschluß und das nötige Interesse für die Organisation bilde auch hier eine unumgängliche Notwendigkeit. Zum Schluß richtet die Referentin an die anwesenden gelehrten Arbeiter einen Appell, indem sie den Wunsch äußert, die Bestrebungen der Organisation anerkennen zu wollen und wenn auch nicht fördern helfen, so doch den Fortgang nicht hintanzuhalten. Der reiche Beifall bewies der Referentin die Sympathie. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Hilfsarbeiterverband die Versammlung.

## Rundschau.

**Das Schicksal der Reichsversicherungsordnung.** Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat die Feuerprobe der öffentlichen Kritik sehr schlecht bestanden. Alle Körperschaften, die dazu Stellung genommen haben, haben sich in der Hauptsache ablehnend zu ihm verhalten. Selbst die christlichen Gewerkschaften haben auf ihrem kürzlich abgehaltenen Kongreß die grundsätzlichen Bestimmungen verworfen. Auch sie hegen die Befürchtung, daß mit der Halbierung der Beiträge und damit des Stimmrechts die Klassen der Erstarrung zugeführt werden.

Wichtig aber war die Kritik, die der Entwurf auf der jüngst tagenden Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Drickstrankassen in Bremen erfuhr. Dort war es namentlich ein Professor des öffentlichen Rechts, Dr. Stier-Somlo aus Bonn, der zum Kampfe aufrief gegen den Entwurf, der die gesunde Entwicklung der Nation gefährde.

Wer aber gehofft hat, die Reichsregierung werde nunmehr in sich gehen und die berunglückte Vorlage auf sich beruhen lassen, der hat sich getrrt. Der Geheime Regierungsrat Dr. Düttmann, einer der Mitverfasser des Entwurfs, teilt jedoch mit, daß der Gesetzentwurf von den zuständigen Bundesratsbeschlüssen durchberaten und in seinen grund-

legenden Bestimmungen angenommen worden ist. Der Bundesrat will also die beifspiellose Entredung der deutschen Arbeiterchaft wagen! Nach den Angaben Düttmanns hat der Bundesrat nur in Einzelheiten Aenderungen, zum Teil tiefeingreifender Art, vorgenommen. Ein besonderer Redaktionsauschuß soll die Beschlüsse in die Vorlage hineinbearbeiten. Wenn auch den Einzelregierungen Zeit gelassen werden müsse, zu dem abgeänderten Entwurf Stellung zu nehmen, so dürfe doch erwartet werden, daß der Entwurf dem Reichstag, wenn nicht gleich bei seinem Zusammentritt, so doch bald nachher zugehen werde. Die möglichst baldige Einbringung sei deshalb dringlich, weil die zur Einführung der Hinterbliebenenversicherung gestellte Frist (1. April 1910) abläuft, ihre Verlängerung beim Reichstag aber nicht beantragt werden könne, solange ihm nicht der Entwurf der Reichsversicherungsordnung in seiner neuesten Fassung vorgelegt ist. Dieser Grund ist in Wahrheit kein Grund. Es stände gar nichts im Wege, die Frist um ein Jahr zu verlängern, wenn dadurch gründlichere und wertvollere Arbeit gewonnen werden könnte. Um die Beratung dieses Gegenstandes zu beschleunigen, soll dem Reichstag die Novelle zur Gewerbeordnung und das Arbeitskammergesetz nicht wieder vorgelegt werden. Bekanntlich haben diese beiden Vorlagen mit dem Endnach Arbeiterchuß und echter Arbeitervertretung, das die Reichstagskommissionen hineingearbeitet haben, das Unglück gehabt, dem Zentralverband deutscher Industrieller zu mißfallen. Und Herr v. Weismann-Hollweg hat ja nur den Arbeitern Weidchenheit und Räckisch auf das Gesamtinteresse gepredigt. So würden die Scharfmacher ein paar Fliegen mit einer Klappe treffen.

Darum ist es sehr wahrscheinlich, daß diese Absichten tatsächlich bestehen. Man will vielleicht eine übereilte Beratung durchdrücken, um die Sache noch rechtzeitig, d. h. vor den nächsten Reichstagswahlen, „in Ordnung zu bringen“. Denn vor diesen hat man große Bange. Zusammen mit der großen nationalen Lat der Finanzreform würde das Entrechtungsgeß sicher ein gutes Wahlmaterial abgeben. Aber wichtiger ist es, daß, wenn möglich, die Entrechtung verhindert wird. Die Arbeiterchaft muß daher auf dem Posten sein und die Augen offen halten.

**Die vernichtenden Wirkungen des amerikanischen Zolltarifs auf das deutsche Steinbrudgewerbe** machen sich in erschreckender Weise bemerkbar. Keine Woche vergeht, in der die Tagespresse nicht über Arbeiterentlassungen infolge Betriebs Einschränkungen in den verschiedensten Druckstädten berichten könnte. Aber nicht allein Betriebs Einschränkungen und Reduzierung der Arbeitszeit müssen vorgenommen werden, sondern viele Firmen, denen es nunmehr an dem nötigen Absatzgebiet für ihre Produkte (namentlich sind davon Exportfirmen für Ansichtspostkarten betroffen) fehlt, müssen ihre Betriebe vollständig stilllegen. So wird uns in rascher Aufeinanderfolge aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß zwei ansehnliche Firmen sich gezwungen sahen, ihr gesamtes Personal zu entlassen.

Die lithographische Anstalt von Philipp Frey u. Co., welche mit 10 Schnellpressen arbeitete, stellt ihren Betrieb gänzlich ein, weil es ihr an auswärtigen Aufträgen mangelt. Das Zeugnis, welches den Entlassenen ausgestellt wurde, enthält folgenden Vermerk: „Der Austritt erfolgt lediglich wegen Stilllegung des Betriebes infolge des neuen amerikanischen Zolltarifs.“ Vom Hilfspersonal werden ca. 20 Anlegerinnen und Bogenfängerinnen von dieser Maßnahme betroffen. Der zweite Fall betrifft die große Ansichtskartenfirma J. Jandorf (früher Wolff Rosenblatt), ebenfalls in Frankfurt a. M. Die wenigen noch in letzter Zeit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bekamen sämtlich am vergangenen Mittwoch die Kündigung, sodas auch dieser, früher mit fünf bis sechs großen Schnellpressen arbeitende Betrieb in 14 Tagen vollständig ruhen wird.

Hieran sind die Folgen der deutschen Hochschußzollerei, die das Ausland geradezu zu denselben Abwehrmaßregeln zwingt, in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen. Und die Kosten dieser wahnwitzigen Politik hat die Arbeiterchaft allein zu tragen. Trotzdem scheut sich Junter und Paffen nicht, dem deutschen Arbeiter immer mehr Lasten aufzubürden, jeden Pfennig und jeden Krant mit hohen Steuern zu belegen, damit Panzer- und Kanonenkönige sowie die eblen Schnapsbrenner herrlich und in Freuden leben können. Wie lange noch?